

- Die Bank sei nicht den Interessen von „Daftar“ verbunden und trage zur Finanzierung weder der sog. „strategischen Interessen“ des Staates noch von dessen angeblichem Nuklearprogramm bei. Mithin seien im Fall der Bank die sachlichen Voraussetzungen für die Aufnahme in die Liste gemäß den angefochtenen Rechtsakten nicht erfüllt, und/oder der Rat habe bei seiner Beurteilung der Frage, ob diese Voraussetzungen erfüllt seien, einen offensichtlichen Beurteilungsfehler begangen. Der Rat habe seiner Beurteilung außerdem nicht den richtigen Prüfungsmaßstab zugrunde gelegt.

<sup>(1)</sup> Beschluss 2010/413/GASP des Rates vom 26. Juli 2010 über restriktive Maßnahmen gegen Iran und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2007/140/GASP (ABl. L 195, S. 39).

<sup>(2)</sup> Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012 über restriktive Maßnahmen gegen Iran und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 961/2010 (ABl. L 88, S. 1).

### **Klage, eingereicht am 12. Juni 2014 — The Goldman Sachs Group/Kommission**

**(Rechtssache T-419/14)**

(2014/C 282/54)

Verfahrenssprache: Englisch

#### **Parteien**

*Klägerin:* The Goldman Sachs Group, Inc (New York, Vereinigte Staaten von Amerika) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte W. Deselaers, J. Koponen und A. Mangiaracina)

*Beklagte:* Europäische Kommission

#### **Anträge**

Die Klägerin beantragt,

- die Art. 1, 2, 3 und 4 des Beschlusses der Kommission C(2014) 2139 final vom 2. April 2014 in der Sache AT.39610 — Energiekabel ganz oder teilweise für nichtig zu erklären, soweit sie die Klägerin betreffen, und/oder
- die durch Art. 2 des Beschlusses gegen sie verhängte Geldbuße herabzusetzen;
- der Kommission die Kosten aufzuerlegen.

#### **Klagegründe und wesentliche Argumente**

Zur Stützung der Klage macht die Klägerin sechs Klagegründe geltend.

1. Erster Klagegrund: Der angefochtene Beschluss verstoße gegen Art. 101 AEUV und Art. 23 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Art. 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln <sup>(1)</sup>, indem er eine gesamtschuldnerische Haftung der GS Group für die angeblich von Prysmian begangene Zuwiderhandlung angenommen habe.
2. Zweiter Klagegrund: Der angefochtene Beschluss verstoße gegen Art. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates und Art. 296 AEUV, da sie nicht rechtlich hinreichend dargelegt habe, dass die GS Group im maßgeblichen Zeitraum tatsächlich bestimmenden Einfluss über Prysmian gehabt habe.
3. Dritter Klagegrund: Der angefochtene Beschluss verstoße gegen Art. 101 AEUV und Art. 23 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates, da er den Grundsatz der persönlichen Verantwortlichkeit und die Unschuldsvermutung missachte.
4. Vierter Klagegrund: Der angefochtene Beschluss verstoße gegen Art. 101 AEUV und Art. 23 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates, da er insoweit die Grundsätze der Rechtssicherheit und der individuellen Zumessung von Strafen missachte, als die Kommission die Geldbuße nicht aufgeteilt habe.
5. Fünfter Klagegrund: Die Kommission habe gegen die Verteidigungsrechte der Klägerin verstoßen (Verletzung einer wesentlichen Verfahrensvorschrift), da die Kommission keinen rechtzeitigen Zugang zu den entscheidenden Unterlagen gewährt habe.

6. Sechster Klagegrund: Das Gericht solle jede Herabsetzung der von der angefochtenen Entscheidung verhängten Geldbuße, die Prysman gewährt werde, auf die GS Group erstrecken.

<sup>(1)</sup> ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1.

---

**Klage, eingereicht am 12. Juni 2014 — Volkswagen/HABM (CHOICE)**

**(Rechtssache T-431/14)**

(2014/C 282/55)

Verfahrenssprache: Deutsch

**Verfahrensbeteiligte Parteien**

*Klägerin:* Volkswagen AG (Wolfsburg, Deutschland) (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt U. Sander)

*Beklagter:* Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)

**Anträge**

Die Klägerin beantragt,

- die Entscheidung der ersten Beschwerdekammer des Harmonisierungsamts für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) vom 3. April 2014 in der Sache R 2019/2013-1 aufzuheben;
- der Beklagten die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

**Klagegründe und wesentliche Argumente**

*Betroffene Gemeinschaftsmarke:* Wortmarke „CHOICE“ für Waren und Dienstleistungen der Klassen 12, 28, 35 und 37 — Gemeinschaftsmarkenmeldung Nr. 11 769 163

*Entscheidung des Prüfers:* Zurückweisung der Anmeldung

*Entscheidung der Beschwerdekammer:* Zurückweisung der Beschwerde

*Klagegründe:* Verstoß gegen Art. 7 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung Nr. 207/2009

---

**Klage, eingereicht am 16. Juni 2014 — Arbuzov/Rat**

**(Rechtssache T-434/14)**

(2014/C 282/56)

Verfahrenssprache: Tschechisch

**Parteien**

*Kläger:* Sergej Arbuzov (Kiew, Ukraine) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte M. Machytková und P. Radošovský)

*Beklagter:* Rat der Europäischen Union

**Anträge**

Der Kläger beantragt,

- den Beschluss 2014/119/GASP des Rates vom 5. März 2014 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in der Ukraine (ABl. L 66, S. 26) sowie den Durchführungsbeschluss 2014/216/GASP des Rates vom 14. April 2014 zur Durchführung des Beschlusses 2014/119/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in der Ukraine (ABl. L 111, S. 91) für nichtig zu erklären, soweit sie den Kläger betreffen;
- dem Rat neben seinen eigenen Kosten auch alle Kosten des Klägers für das Verfahren aufzuerlegen.